

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannigasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Donnerstag 10-12 Uhr.
Freitag 4-6 Uhr.

Bei der Aufnahme einzelner Nummern
muss man sich bei der Redaction nicht
melden.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Aushäuden für Inf. Annahme:
Otto Klemm, Untergrabenstr. 22,
Sonstige Rathornerstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Mittwoch den 23. Juli 1879.

Anzahl 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4/3, incl. Frachtlohn 5 M., durch die Post bezogen 6 M., jede einzelne Nummer 25 Pf., Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbestellung 25 Pf., mit Postbestellung 45 Pf.

Interes. Begr. Zeitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserer Preisverzeichnisse. — Adressirter Zeitg. noch höherem Tarif.

Kleinere unter dem Rubricationsdruck die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Abdruck pro numerando oder durch Postversand.

73. Jahrgang.

Nr 204.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur allgemeinen Kenntniss, dass die Grundstücke in der Gartenstrasse mit folgenden Nummern veräußert worden sind:

Neue Straßen-Nummer.	Alte Straßen-Nummer.	Grundstück-Nr. Mdt. B.	Namen der Besitzer.
1.	14	1191	Friedrich Eduard Carl Boigt.
2.	13	1190	Carl Franz Hoffmann's Erben.
		1189	
3.	19 b	1188	Privatbank zu Gotha.
4.	12	1187	Dehlegchen.
5.	11	1186	Adolph Koritzer.
6.	10	1185	Kuno Bogel.
7.	9	1184	Caspar Moritz Esche.
8.	8	1183	Ernst Arthur Hermann.
9.	7	1182	Adolph Koritzer.
10.	6	1181	Kuno Bogel.
11.	—	1180	—
12.	—	—	Bauselle.
13.	4	1184	Staatshaus.
14.	3	1176	Alb. Georg Friedrich Krause.
15.	—	—	—
16.	—	—	Bausellen.
17.	—	—	—
18.	—	1153 E	Christian Ernst Dreßig.
19.	—	1153 D	Gottfried Eduard Scheide.
20.	1 d	1153 C	—
21.	1 c	1153 B	Friedrich Wilhelm Hölch.
22.	1	1153	Marie Clara verebel, Forter.

Leipzig, den 18. Juli 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann Hölch, M.H.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission aufgedruckte Planierung der verlängerten Leichstraße und eines Theiles der Stephanstraße ist vergaben und werden daher die nicht berücksichtigten abgethanen Submittenten hiermit ihrer Offerten entlassen.
Leipzig, am 19. Juli 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann Hölch, M.H.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 22. Juli.

Die Absonderung der nationalliberalen Fraktion, welche auf die Annahme des Reichstags durch die gegenwärtige Mehrheit des Reichstags gerichtet ist, hat natürlich nicht den Beifall aller bisherigen Parteigenossen im Lande. Je nachdem man selbst steht, legte man sich diese längst erwartete Entscheidung eines Theils natürlich zurecht. In Süddeutschland scheint man vielerwärts sehr bestimmt auf den Austritt der Herren v. Jordanbeck und Koller sammt deren näheren politischen Freunden gerechnet zu haben; in Preußen ist man jedenfalls ganz überwiegend mit dem man mehr eingetretene Richtung der Kräfte zufrieden. Die preussischen Nationalliberalen bleiben davon ja im Wesentlichen unberührt. Angesichts des Umstands, dass in Preußen, nicht im Reich, Neuwahlen bevorstehen, dürften selbst die süddeutschen Gleichgesinnten hierin einen Vortheil für die Zukunft des reichstreu Liberalismus erblicken. Und wenn sie den ihnen sonst nicht erwünschten Abschluss der inneren Auseinandersetzung auf die „oberlegene Taktik“ von Koller und Gernerschieben, so thun sie sich selbst oder den Männern ihres Vertrauens in der Fraktion sicher Unrecht.

Nicht kleine Wunden haben den Spalt da eingetrieben, wo er jetzt sitzt, sondern der große allgemeine Gang der Dinge. Mehrmals nahm dieser eine solche Wendung, dass das Gegentheil wahrscheinlicher erschien: die Abspaltung einer Minorität zur Linken statt zur Rechten. Der Rath ist an der Stelle erfolgt, wo recht die unbedingten Distanzierungen stehen, links die wirthlichen Bewusstseins und entscheidenden Nationalliberalen. Jene folgen einem mächtigen Motiv des Augenblicks, wie wir nicht verkennen wollen; diese repräsentieren die Dauer und Zukunft einer Partei, welcher weder das Reich noch das deutsche Bürgerthum, denken wir, entrathen kann. Der Wiederbelebung aller Hierarchien und Aristokratien gegenüber, welche die wahre historische Signatur des Momentes ist, bedarf es einer starken lebendigen Vertretung der modernen Ideen von Gleichberechtigung und persönlicher Freiheit. Deswegen ist es so wichtig, dass der Bruch inmitten der Partei verhütet werden und nur am äusseren rechten Flügel eine Abschebung erfolgt ist. Sollte dazu wirklich „taktische Ueberlegenheit“ als altpreussischer Seite, wenn auch nur nebenbei, mitgewirkt haben, so wollen wir diese Anerkennung von unzufriedener Süddeutscher Seite her als ein glückliches Omen für den schweren Kampf nehmen, der den preussischen Liberalen allein zunächst bevorsteht.

Officiell wird jetzt in Abrede gestellt, dass eine neue Konferenz zwischen dem Reichszanzler und dem Runtius Masella in Riffingen stattfinden werde. Die Verhandlungen mit der Curie werden sonach nicht mehr durch die Hände dieser einzigen offiziellen päpstlichen Vertreters in Deutschland gehen. Der Runtius Masella hat hies eine relativ gemässigte und entgegenkommene Haltung bewiesen. Man hätte erwartet

dürfen, dass, wenn die Verhandlungen zwischen ihm und dem Reichszanzler angesichts der heutigen Gestaltung der politischen Situation direct wieder aufgenommen worden wären, sie einen entscheidenden Schritt vorwärts gethan hätten. Das Unterbleiben dieser Zusammenkunft und noch mehr die Abberufung des Runtius Masella von seinem Münchener Posten deutet nicht gerade darauf hin, dass die Curie das Ihrige thut, um einen raschen und erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu erzielen. Inzwischen wächst immer mehr die Ungebuld der katholischen Presse, den Lohn für die Haltung des Centrums in der Zollfrage zu sehen. Es ist mit Sicherheit voranzusehen, dass das Centrum bei nächster Gelegenheit die alte Opposition in der stärksten Weise wieder aufnehmen wird, wenn nicht bald eine Verständigung in der kirchenpolitischen Frage zu Stande kommt. Man wird daher, nachdem die Regierung so unabweislich ihren Entschluss kundgegeben, sich auch in Zukunft auf die conservativ-liberale Majorität zu stützen, mit Besorgnis der Thatsache gegenüberstehen, dass die Verständigungsversuche in der kirchlichen Frage noch immer nicht in Fluss kommen wollen. Man wird die Möglichkeit keineswegs für ausgeschlossen halten dürfen, dass der Versuch, sich mit dem Centrum zu vertragen, binnen Kurzem sich in seiner ganzen Unmöglichkeit offenbart.

Einer der „Märtyrer“ des Erils, das der Kulturkampf katholischen Bischöfen und Geistlichen anferlegt hat oder vielmehr aufzulegen haben soll (denn in Wahrheit sind gerade diese Herren ihres eigenen Geschickes Schauer gewesen), hat den Tag des Triumphes der guten Sache, der für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ kämpfenden Partei nicht erleben sollen. Wie ein Telegramm meldet, ist Bischof Konrad Martin, der frühere streitbare Hirt der Paderborner Diocese, nicht allzu fern der Heimath, aber auf niederländischem Gebiete, mit Tode abgegangen. Dagegen berühmter Theologe und lange Zeit hindurch ordentlicher öffentlicher Professor James Fassan an der Universität zu Bonn, war der Verstorbenen von einer plumpen Derbheit des Ausdrucks, wie sie sonst nur verbannten Randgeistes weniger nachgerühmt als zum Borwurfs gemacht wird. Die sonst so weltläufige Curie hat entschieden Fehler begangen, als sie Leute, wie diesen Conrad Martin in Paderborn, den Erzbischof Paulus Melchers in Köln und Andere auf den bischöflichen Stuhl gelangen ließ. Männer, die weder bei ihrem Klerus noch bei den Laien trotz aller Lobhudeleien der ultramontanen Presse sich die ihrer hohen Würde gebührende Achtung haben erwerben können. Es ist deshalb auch Thatsache, dass die Expiration dieser Herren, so principiell verwerflich sie auch dem klerikalen Standpunkte erscheinen mochte, keine irgend wie äußerlich hervortretende Erregung in der katholischen Bevölkerung hervorgerufen hat. Der Erzbischof von Köln J. B. Hormig noch Jahre lang von seinem Sprengel entfernt bleiben, ohne dass ein Mensch zu Hause nach ihm fragte. Freilich haben bei dem jetzigen Stande der Verhandlungen zwischen Rom und Berlin die Herren alle Hoffnung, mög-

lich bald rehabilitirt zu werden. Das hat eben Conrad Martin nicht mehr erleben sollen.

Ein Theil der Wiener Presse legt die begonnene Diskussion über die Zweckmäßigkeit einer neuen Partei-Organisation fort. Das „Fremdenblatt“ hält an seiner Anschauung von der Nothwendigkeit einer solchen fest. Der Hinweis auf die jüngste Vergangenheit allein genüge, um Jedermann zur Erkenntnis dieser Nothwendigkeit zu bringen. Wenn es so wie früher nicht mehr fortgehen kann, so sei es eben Pflicht, eine andere Bahn aufzusuchen zu machen, und diese liege in der Annäherung aller Elemente, welche Oesterreich einige Jahre ruhiger Entwicklung gönnen, es der Omapotenz der Club entgegen und das Schwerkrieg in eine Wehrzeit legen wollen, welche ihrer parlamentarischen Rechte, aber auch ihrer Pflichten sich voll bewusst wäre.

Nach Berichten aus Bukarest ist der bisherige rumänische Minister-Präsident, Ioan Bratiano, bemüht, ein sogenanntes „Fusion“- oder „Coalitions“-Ministerium zu bilden. Wie verlautet, dürften in das neue Cabinet Bratiano von der nationalliberalen Partei Campineanu, Dabija und Stolojan, vom Centrum Basile Boerescu, von den Conservativen Grigorie Cantacuzesco und Coghincescu eintreten. Einem derart zusammengesetzten Ministerium würde es unabweislich gelingen, für das Bratiano'sche Project der Lösung der Judenfrage die Zustimmung der Kammern zu gewinnen.

Wie der „Polit. Correspondenz“ aus Konstantinopel geschrieben wird, haben sich die Botschafter Frankreichs und Englands am Sonntag auf die hohe Pforte bezogen und eine identische, in sehr energischen Worten redigirte Note in der ägyptischen Frage überreicht. Mittels dieser Note wird die Pforte bestimmt aufgefordert, ihren übernommenen Verpflichtungen nachzukommen und den Inhalt des Investiturferrmans an den Bicekönig von Ägypten vor dessen Publication den Regierungen Frankreichs und Englands binnen 3 Tagen mitzutheilen. Sollte diese Mittheilung innerhalb des firrten (Dienstag ablaufenden) Termins nicht erfolgen, so werde die Pforte die Verantwortlichkeit für die aus diesem Vorhaben möglicher Weise resultirenden ersten Consequenzen zu tragen haben. In dem jeder Verschleppung abgeneigten Theil der türkischen Regierungskreise wird behauptet, Frankreich und England würden, falls diese Note fruchtlos bleiben sollte, mit der Proclamation der Unabhängigkeit Ägyptens vorgehen. Unter dem Eindruck dieser diplomatischen Vorgänge hat sich der Sultan entschlossen, das Programm Reivardin's in den wesentlichen Punkten zu acceptiren, so dass der jetzige Grossvezir vorerst auf seinem Posten wieder verbleibe.

In einer der letzten Sitzungen der französischen Deputirtenkammer hat Jules Ferry wieder eine vielfach applaudirte Rede gehalten, in welcher er eine Lanze für die Leistungen des kaiserlichen Universitätsunterrichts brach und letzteren gegen Granier de Cassagnac's Angriffe mit großem Erfolg verteidigte. Aus-

fallen konnte hierbei aber die Energie, mit der Jules Ferry das bekannte Fallou'sche Unterrichts-gesetz von 1850, welches die Freiheit des mittleren, d. h. des Gymnasial- und Realunterrichts proclamiert, angriff. Es findet sich hierin ein Anklang an den vom „Temps“ ausgesprochenen Gedanken: mit den beiden „freiheits-gesetzen“ von 1850 und 1875 einfach tabula rasa zu machen und zum Monopol des Staatsunterrichts insofern zurückzuführen, als Jeder, der irgend ein Staatsverdienst machen oder irgend eine Stelle im Staatsdienst bekleiden oder einen akademischen Grad erlangen will, nachweisen muß, daß er eine bestimmte Zeit hindurch auf einer Staatsschule unterrichtet worden ist oder auf einer Staats-universität Collegien gehört hat. Daneben bliebe dann der gesammte Unterricht, mag er von autorisirten oder auch von nichtautorisirten Congregationen gegeben werden, vollständig frei wie jetzt; allein es springt in die Augen, daß das Project des „Temps“ dem letzteren einfach die Lebensadern indirect unterbände. Die „Républ. Franç.“ selbst erklärt diesen Gedanken des monopolisirten Unterrichts in der angebotenen Weise für diskutirbar, und es verlautet aus leitenden Kreisen, daß man denselben als ein mögliches Terrain der Verständigung mit den verschiedenen liberalen Senatoren des linken Centrums im Auge behält. Die Kammer-Wehrzeit würde höchst wahrscheinlich noch weniger etwas dagegen einzuwenden haben, da, genau besehen, die Kerikalen mit ihrem „freien“ Unterricht dann nur aus dem Regen in die Traufe lämen. Selbstverständlich ist das Ganze noch durchaus embryonisch; zunächst bleibt abzuwarten, welche Vorschläge aus der gemäßigten Senatscom-mission über das Ferry'sche Gesetz hervorgehen werden.

Bei einem legitimen Banquet, das anlässlich des Saint-Genrich's-Festes am Montag in Marseille stattfand, hielt der Vorstehende, Marquis von Foresta, im Namen des Grafen von Chambord eine längere Ansprache und erklärte sich dabei ermächtigt, die Behauptung, daß König Heinrich V. es vorziehe, im Auslande zu verweilen, als durchaus unbegründet zu bezeichnen. Der König wünsche lebhaft, nach Frankreich kommen zu können.

Der bei Gelegenheit des Rücktritts des Marquis MacMahon mit mehreren anderen Obercommandanten in Ruhestand versetzte General Doumbali hat bei dem Präsidenten der Republik Aubry genommen und Herrn Jules Grévy eröffnet, daß mit dem Tode des kaiserlichen Prinzen das letzte Band, welches ihn an die bonapartistische Partei knüpfte, gefallen sei, daß er mit der Candidatur des Prinzen Napoleon auf den Kaiserthron Nichts zu schaffen haben wolle und das Bedürfniss fühlte, seinen förmlichen Beitritt zu der h. h. Regierung zu erklären. Der Präsident Aubry hat sich durchs nicht um ein Githue diesen Schritt nur zu einigig verständnislos; er stelle sich der Republik vollkommen zur Verfügung.
Im englischen Unterhaus: Staatssecretar Cowley am Wo-